

EXPERTISE

ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS WIRKSAM BEKÄMPFEN

Für gleichberechtigte Teilhabe
und demokratischen Zusammenhalt
in Nordrhein-Westfalen

Fatime Şahin



ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS WIRKSAM BEKÄMPFEN.

Für gleichberechtigte Teilhabe und demokratischen
Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen

Fatime Şahin

Ausgangslage und Problemverständnis

Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges Bundesland, in dem Millionen Menschen mit muslimischer Prägung leben und selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft sind. Gleichzeitig ist antimuslimischer Rassismus (amR) in Nordrhein-Westfalen eine gesellschaftliche Realität. Er zeigt sich in Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, im Bildungssystem, in Medien und im Alltag.

Gleichzeitig wird amR häufig nicht als Rassismus erkannt, sondern relativiert oder entlang von Sicherheits- und Integrationsdiskursen legitimiert. Neuere Studien zeigen, dass rassistische Wissensbestände in der Gesellschaft weit verbreitet und anschlussfähig sind. Antimuslimischer Rassismus ist damit nicht nur vorhanden, sondern in Teilen gesellschaftlich normalisiert.

Diese Konstellation erschwert die politische Bearbeitung: Ein Problem, das nicht eindeutig als solches erkannt wird, bleibt häufig unzureichend adressiert. Antimuslimischer Rassismus wird vielfach nicht klar benannt und daher weder systematisch erfasst noch konsequent bearbeitet.

Fatime Şahin
*Ratsfrau der Stadt Dortmund
und Sprecherin der LAG Muslim:innen*

Antimuslimischer Rassismus als strukturelles und gesellschaftliches Verhältnis

Antimuslimischer Rassismus ist mehr als ein Vorurteils- oder Einstellungsproblem. Er wirkt als gesellschaftliches Ungleichheitsverhältnis, in dem Menschen aufgrund zugeschriebener muslimischer Zugehörigkeit markiert, homogenisiert und benachteiligt werden.

Er entsteht und stabilisiert sich insbesondere durch:

- Zuschreibungen und Generalisierungen von „Muslimischsein“
- Verschränkung mit Sicherheitsdiskursen und Generalverdacht
- institutionelle Routinen und strukturelle Zugangsbarrieren
- gesellschaftliche Normalisierung und mangelnde Problemwahrnehmung

Diese Mechanismen führen dazu, dass Ungleichbehandlung nicht nur entsteht, sondern häufig auch gesellschaftlich plausibel erscheint und dadurch stabilisiert wird.

Staatliche und institutionelle Verantwortung

Antimuslimischer Rassismus wirkt nicht nur im gesellschaftlichen Alltag, sondern auch im Kontext staatlicher und öffentlicher Institutionen. Verwaltung, Schule, Sicherheitsbehörden, Justiz und kommunale Einrichtungen tragen eine besondere Verantwortung, gleichberechtigte Teilhabe zu gewährleisten und Diskriminierung abzubauen.

Fatime Şahin
Ratsfrau der Stadt Dortmund
und Sprecherin der LAG Muslim:innen

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Diskriminierung nicht nur auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen ist, sondern auch durch strukturelle Bedingungen entsteht, etwa durch:

- Routinen und Ermessensentscheidungen
- unzureichende Beschwerdestrukturen
- institutionelle Zugangshürden
- fehlende oder unzureichende Datengrundlagen

Antimuslimischer Rassismus kann dabei nicht nur trotz, sondern auch durch institutionelle Strukturen und Praktiken wirksam werden. Eine wirksame Bekämpfung von amR erfordert daher neben Sensibilisierung insbesondere verbindliche strukturelle und institutionelle Maßnahmen.

Gesellschaftliche und demokratische Bedeutung

Antimuslimischer Rassismus hat weitreichende Auswirkungen:

- Er beeinträchtigt gesellschaftliche Teilhabe
- Er untergräbt Vertrauen in staatliche Institutionen
- Er verstärkt soziale Ungleichheit, etwa in den Bereichen Wohnen, Bildung und Gesundheit
- Er trägt zu Polarisierung und gesellschaftlicher Spaltung bei

Diese Befunde verdeutlichen, dass amR nicht nur ein normatives Problem darstellt, sondern konkrete Auswirkungen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität hat.

Damit ist die Bekämpfung von amR nicht nur eine Frage von Minderheitenschutz, sondern eine zentrale Voraussetzung für demokratische Legitimität und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nordrhein-Westfalen steht zudem in der Verantwortung, nationale und internationale Verpflichtungen zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Politische Handlungsansätze für Nordrhein-Westfalen

Um amR wirksam zu bekämpfen, sind auf Landesebene insbesondere folgende Maßnahmen zentral:

Strukturelle Verankerung

- Entwicklung einer ressortübergreifenden Strategie zur Bekämpfung von amR
- systematische Integration in bestehende Landesprogramme

Datengrundlagen und Monitoring

- Verbesserung der Erfassung von Diskriminierungserfahrungen
- Aufbau von Lagebildern und Monitoring-Strukturen

Institutionelle Maßnahmen

- verbindliche Fortbildungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst
- Stärkung diskriminierungssensibler Verfahren und Standards
- Ausbau unabhängiger Beschwerde- und Beratungsstrukturen

Zugang und Teilhabe

- Abbau struktureller Zugangsbarrieren
- Sicherstellung diskriminierungsfreier und mehrsprachiger Angebote

Zivilgesellschaft stärken

- langfristige und verlässliche Förderung von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen
- Stärkung von Selbstorganisation und Community-Arbeit

Differenzierte Betroffenheiten

Antimuslimischer Rassismus wirkt unterschiedlich stark auf verschiedene Gruppen. Insbesondere muslimische Frauen sowie mehrfach marginalisierte Personen sind häufig besonderen Belastungen ausgesetzt. Eine wirksame Politik muss diese unterschiedlichen Betroffenheiten berücksichtigen und gezielte Maßnahmen entwickeln.

Zeitbild und Perspektive

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von zugeschriebener Herkunft oder Religion gleichberechtigt teilhaben können und in der staatliche Institutionen Vertrauen, Fairness und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten.

Die Bekämpfung antimuslimischen Rassismus ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität.

Eine offene Gesellschaft zeigt sich darin, wie konsequent sie Diskriminierung entgegenwirkt und gleichberechtigte Teilhabe für alle ermöglicht.

Fatime Şahin
Ratsfrau der Stadt Dortmund
und Sprecherin der LAG Muslim:innen

Im Rahmen der Erarbeitung des Positionspapiers „Antimuslimischen Rassismus wirksam bekämpfen“ fand am 10.04.2026 ein Austausch mit den folgenden Expert:innen statt, deren Kenntnisse in den Bereichen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten und Muslimfeindlichkeit die weitere Ausrichtung des Papiers einfließen. In einem konstruktiven Dialog wurden zentrale Handlungsfelder und strukturelle Herausforderungen vertieft. An dieser Stelle sei den beteiligten Expert:innen für ihre Mitarbeit und ihre Expertise gedankt.

Expert:innen



Saba-Nur Cheema

Mitglied der Unabhängigen
Expertenkreis Muslimfeindlichkeit



Özcan Karadeniz

Referent für Community
Outreach beim DeZIM



Tuba Bozkurt

Abgeordnete im Abgeordnetenhaus
von Berlin



Prof. Dr. Zülfukar Çetin

Evangelische Hochschule Berlin
Beauftragte:r für Diversität &
Antidiskriminierung



Dr. Darjusch Bartsch

Universität Münster - Islamische
Theologie und Religionspädagogik



**Allianz gegen Islam- und
Muslim-feindlichkeit**

Fatime Şahin
Ratsfrau der Stadt Dortmund
und Sprecherin der LAG Muslim:innen

Copyright © 2026 by Fatimer Şahin, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders.

